

Niederschrift

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:50 Uhr

Vorsitz:

CDU

stellv. Bezirksbürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Schriftführung

Nicht anwesend:

Frau Adamek-Kammerer (Bündnis 90/ Die Grünen)

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksbürgermeister John begrüßt die anwesenden Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die 23. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg.

Er führt aus, dass es schwierig gewesen sei, diese Sitzung vorzubereiten, da immer wieder neue Themen seitens der Verwaltung in die Sitzung eingebracht werden sollten. Daher sei die Tagesordnung um weitere Mitteilungen unter Tagesordnungspunkt 4 zu erweitern. Aufgrund der Rücknahme einiger Vorlagen durch die Verwaltung, seien die Tagesordnungspunkte 12, 17 und 18 von der ursprünglichen Tagesordnung abzusetzen. Abschließend sei die Tagesordnung um den Punkt „Starkregenereignis in Kirchdornberg am 06.08.2023“ zu erweitern, da die Verwaltung hierzu eine Berichterstattung angekündigt habe.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen den Änderungen der Tagesordnung zu.

Zu Punkt 1**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

Herr John eröffnet die Einwohnerfragestunde und begrüßt die Anwesenden.

Ein Bürger fragt: „Wie stellt sich die Verwaltung den Hochwasserschutz in Dornberg vor?“ Insbesondere seien aus seiner Sicht verschiedene Stellen im Stadtbezirk zu beobachten und diese zu reinigen:

1. KiTa Großdornberger Str.: Abläufe reinigen
2. Höfeweg ggü. Hof Grotthaus: Graben reinigen
3. Twellbachtal vor Krebsbachbrücke: Ablauf reinigen
4. Forellenweg am Freibad: Ablauf reinigen
5. Johannesbach am Forellenweg/Haferstr.: Äste entfernen

Herr John bedankt sich für die Hinweise. Er werde diese über die Schriftführung an die Verwaltung weiterleiten.

Ein Dornberger Einwohner möchte wissen, wie die Bezirksvertretung die Anwohner im Bereich der Katzenstraße im Zusammenhang mit dem Starkregenereignis in Kirchdornberg am 06.08.2023 unterstützen könne.

Ein weiterer Bürger schließt sich der Frage an und möchte zusätzlich wissen, ob die Verwaltung beabsichtige, einen Überflutungsplan zu erarbeiten.

Herr John beantwortet die Fragen unmittelbar, sichert die Unterstützung der Bezirksvertretung Dornberg zu und teilt mit, dass die Verwaltung bereits einen Ortstermin mit den betroffenen Anwohnern durchgeführt habe. Die weiteren Fragen würden sicher später in der Sitzung durch die anwesenden Mitarbeiter des Umweltamtes beantwortet.

Zwei Bürgerinnen des Elternbeirates der KiTa Schröttinghausen möchten wissen, wie die Bezirksvertretung die Errichtung eines kindgerechten Außenbereiches unterstützen könne.

Herr John verweist auf den Tagesordnungspunkt 17.1, unter dem die Bezirksvertretung dieses Thema ohnehin auf der Tagesordnung habe. Er signalisiert, dass die Verwaltung zu dieser Thematik tätig geworden sei.

Ein weiterer Dornberger Bürger möchte wissen, wann die Bavostraße saniert und ein verkehrssicherer Radweg errichtet werde.

Herr John teilt ihm mit, dass die Bezirksvertretung Dornberg dazu bereits am 29.04.2021 einen Beschluss gefasst habe und die Schriftführung den aktuellen Sachstand in der Verwaltung erfragen werde.

Ein Einwohner möchte wissen: „Wie lange soll es dauern, bis auf der Dornbergerstr. die Reparaturarbeiten abgeschlossen werden?“

Herr John sichert ihm zu, dass er dies bei der Verwaltung nachfragen werde.

Zu Punkt 1.1 Parkplatzsituation am Penny Kreuzberger Str./Wellensiek - Antwort der Verwaltung

Herr John teilt mit, dass zu einer Einwohnerfrage aus der vergangenen Sitzung eine Antwort der Verwaltung in das System eingestellt worden sei. Er verliest die folgende Antwort:

Text der Einwohnerfrage:

„Wie wird das mit den Parkplätzen in der Zukunft [nach Erweiterung des Penny Kreuzberger Str./Wellensiek] geregelt, welche Überlegungen und Planungen gibt es dazu?“

Antwort der Verwaltung:

Nach § 48 BauO NRW sind für das gesamte Gebäude insgesamt 71 Stellplätze erforderlich: 34 Stellplätze für den Pennymarkt; 23 Stellplätze für die Wohnungen und 14 Stellplätze für die weiteren Ladengeschäfte.

39 Stellplätze werden in der Tiefgarage, 27 Stellplätze werden oberirdisch auf der Parkplatzfläche sowie 3 Stellplätze im Bereich der Tiefgaragen-Zu- und Abfahrt nachgewiesen. 10 Stellplätze sind durch den Vertrag-Nr. 43/82 aus dem Jahr 1982 zur Schaffung von Einstellplätzen abgelöst worden.

Mit insgesamt 79 Stellplätzen sind ausreichend Stellplätze vorgesehen, zumal eine gute Anbindung an den ÖPNV besteht.

Zu Punkt 1.2 Oberflächenwasser Dornberger Str. - Antwort der Verwaltung

Herr John verliest die Antwort der Verwaltung zu einer Einwohnerfrage aus der vergangenen Sitzung, die ebenfalls in das System eingestellt worden sei:

Text der Einwohnerfrage:

Wann wird im Bereich der Kirchdornberger Str. 69 – 79 die Möglichkeit geschaffen, dass das Oberflächenwasser ordnungsgemäß ablaufen kann?“

Antwort der Verwaltung:

Die Thematik Oberflächenwasser in diesem Bereich der Kirchdornberger Straße wird aktuell noch von mehreren Fachbereichen bearbeitet.

Unter anderem liegen Prüfungsaufträge im Bauamt und im Bereich Mobilitätsplanung des Amtes für Verkehr vor. Derzeit werden auch Gespräche mit dem unmittelbaren Anlieger geführt.

Leider ist es momentan nicht möglich, eine genaue Zeitangabe für eine abschließende Lösung zu benennen.

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 20.04.2023****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 20.04.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 25.05.2023****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 25.05.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4**Mitteilungen****Zu Punkt 4.1****Anbindung der GS Babenhausen an den ÖPNV / Anton**

Herr John teilt mit, dass die Fragen aus der vergangenen Sitzung von der Schriftführung an die Verwaltung zur Beantwortung gegeben worden seien. Die Antworten könnten im System eingesehen werden.

Herr Vollmer teilt mit, dass aus seiner Sicht die Bushaltestelle näher an die Ampel gerückt werden sollte, da dort eine sichere Überquerung der Straße möglich sei.

Text der Anfrage:

„In der vergangenen Sitzung kam die Frage auf, ob eine kurzfristige Anbindung der Grundschule Babenhausen an den ÖPNV beabsichtigt ist. In diesem Zusammenhang werde ich im Rahmen des Bezirksmanagements in letzter Zeit vermehrt auf „Anton“ angesprochen. Ist eine Erweiterung des Gebietes auf den Stadtbezirk Dornberg beabsichtigt?“

Gemeinsame Antwort der Verwaltung und moBiel:Zu 1.

Die Grundschule Babenhausen ist derzeit mit der Buslinie 57 im 30-Minuten-Takt (Haltestelle: Thomashof) fußläufig erschlossen. Gemäß Drittem Nahverkehrsplan 2021 der Stadt Bielefeld ist zudem eine Taktverdichtung dieser Buslinie anvisiert. Weitere Anbindungen, die über die genannte hinausgehen, ist für die Grundschule Babenhausen kurzfristig nicht beabsichtigt, da derzeit kein Bedarf bekannt ist. Perspektivisch wird der Sachverhalt weiterhin beobachtet.

Zu 2.

Das Amt für Verkehr und moBiel untersuchen gemeinsam eine perspektivische Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehres für die Stadt Bielefeld im Sinne der Verkehrswende. Für diese Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehres soll ein Konzept mit der Unterstützung eines Fach-Gutachters im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung für das gesamte Stadtgebiet und über die Stadtgrenzen hinaus erstellt werden.

Die vorliegende Anfrage zu On-Demand-Ausweitungen der Bezirksvertretung Dornberg wird im Rahmen dieses Projektes mitbetrachtet und bewertet.

Die Bezirksvertretungen der Stadt Bielefeld wurden zur allgemeinen Vorgehensweise bzgl. der Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehres in der Mitteilung vom 07.08.2023 gesondert und detaillierter benachrichtigt.

Zu Punkt 4.2**Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehrs in Bielefeld**

Herr John verweist auf die im System eingestellte Mitteilung und gibt zu bedenken, dass aufgrund der angespannten Haushaltsmittel wohl nicht mit einer umfangreichen Erweiterung zu rechnen sei.

Text der Mitteilung:

Das Amt für Verkehr und moBiel untersuchen gemeinsam eine perspektivische Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehres für die Stadt Bielefeld im Sinne der Verkehrswende.

Eine betriebliche Ausweitung des On-Demand-Verkehrs in Bielefeld, des derzeitigen Probe-triebes in Sennestadt und Jöllenbeck (meinAnton), ist mit den vorhandenen fahrzeugseitigen und personellen Ressourcen nicht umsetzbar und erfordert zusätzlichen Fahrzeug- und Fahrerbedarf sowie finanzielle Mittel. Deshalb ist eine On-Demand-Ausweitung generell abhängig von der Beauftragung und der Finanzierung durch den ÖPNV-Aufgabenträger, der Stadt Bielefeld, nach einer entsprechenden Beschlussfassung der politischen Gremien.

Für die Weiterentwicklung des On-Demand-Verkehres soll ein Konzept mit der Unterstützung eines Fach-Gutachters im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung für das gesamte Stadtgebiet und über die Stadtgrenzen hinaus erstellt werden.

Ziel ist die Erstellung eines Leitfadens und die Formulierung von grundsätzlichen, übergeordneten Handlungsempfehlungen für die betrieblich sinnvolle und wirtschaftliche Gebietsweiterentwicklung des On-Demand-Verkehrs anhand einheitlicher fachlicher Kriterien. Auf dieser fachlichen Basis können dann zukünftig weitergehende Entscheidungen zu etwaigen Gebietsausweitungen zwischen der Stadtverwaltung und moBiel getroffen werden.

Dabei werden innovative und ressourcenschonendere Fahrzeugtypen sowie zukunftsweisende Entwicklungen, wie z.B. autonomes Fahren und digitale Vernetzung mit in Betracht gezogen.

Hierzu werden derzeit die Aufgabenbeschreibung und der Leistungsumfang für die Gutachterleistung erstellt.

Die Auftragsvergabe soll bis Ende 2023 erfolgen. Die Ergebnisse sollen Mitte 2024 vorliegen. Auf der Basis des dann vorliegenden Leitfadens und der Handlungsempfehlungen sollen zukünftige Gebietserweiterungen des On-Demand-Verkehrs bewertet und den politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung inkl. Umsetzungs- und Finanzierungskonzept (Umsetzung vorbehaltlich Finanzierung) vorgelegt werden.

Die vorliegenden Anfragen zu On-Demand-Ausweitungen aus den Stadtbezirken werden im Rahmen dieses Projektes mitbetrachtet und bewertet.

Zu Punkt 4.3

Start des Interessenbekundungsverfahrens zur Suche eines Trägers für die neue Kindertageseinrichtung

Herr John bringt seine Verwunderung über die Vorgehensweise der Verwaltung zum Ausdruck. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung hier selbst tätig werden, da derzeit sämtliche KiTa-Projekte im Stadtbezirk Dornberg nicht realisiert würden und dringend KiTa-Plätze benötigt würden, die durch freie Träger nicht realisiert werden könnten.

Herr Paus führt aus, dass die KiTa-Träger die Finanzierung der Einrichtungen nicht mehr gewährleisten könnten. Nach seiner Einschätzung werde es keine Bewerber geben und es sei zu überlegen, ob die Verwaltung die KiTa selber betreiben könne.

Herr Vollmer regt an, zunächst das Interessenbekundungsverfahren abzuwarten und dann gegebenenfalls mit der Verwaltung ein Gespräch zu führen.

Text der Mitteilung:

Im Rahmen der Beschlussvorlage „Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2023/2024“ (Drucksachen-Nr. 5399/2020-2025) ist eine neue dreigruppige Kindertageseinrichtung (Kita) an der Grünwaldstraße berücksichtigt worden (Bezirksvertretung Dornberg, 09.02.2023; Jugendhilfeausschuss, 08.03.2023).

Der Eigentümer hatte ursprünglich die Absicht, selber einen Kita-Träger auszuwählen. Sehr kurzfristig hat sich diese Möglichkeit zerschlagen, weshalb der Eigentümer auf die Stadt Bielefeld zugegangen ist, um im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens einen Träger finden und beschließen zu lassen.

Da im September 2023 mit dem Bau begonnen werden soll, besteht Eile bei der Suche nach einem Kita-Träger, damit dieser sich noch in die Pla-

nung einbringen kann. Die Verwaltung hat daher bereits ein Interessenbekundungsverfahren gestartet. Ziel ist es, dass die Bezirksvertretung Dornberg am 28.09.2023 eine Empfehlung ausspricht und der Jugendhilfeausschuss am 18.10.2023 abschließend entscheidet.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Sachstandsmitteilung zum B-Plan "Hasbachtal"

Herr John bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine nichtöffentliche Information handle. Er dürfe nach Rücksprache mit der Verwaltung lediglich mitteilen, dass der Investor derzeit aufgrund gestiegener Baupreise das Projekt nicht realisieren könne.

Herr Vollmer regt an, dem Satzungsbeschluss nunmehr zuzustimmen. Aus seiner Sicht würde damit die Möglichkeit eröffnet, dass ein anderer Investor sein Interesse an dem Projekt bekunden könne.

Herr Steinkühler schließt sich dem Vorschlag an und möchte die umfangreiche Arbeit damit zum Abschluss bringen. Er erhoffe sich dadurch einen schnellen Baubeginn in dem Bereich.

Herr Berenbrinker bringt in Erinnerung, dass die Bezirksvertretung einen Beschluss gefasst habe, wonach der B-Plan erst beschlossen werde, sofern der Investor sich vertraglich zur Errichtung der KiTa verpflichte. Es könne möglicherweise parallel ein neuer Investor für die Realisierung dieses Baugebietes gesucht werden.

Text der Mitteilung:

Die Satzungsvorlage vom September 2022 wurde aufgrund der noch zu klärenden Vertragsabschlüsse (insbesondere Kita-Umsetzung bzw. Sicherung) zurückgestellt. (s.a. Mitteilung des Bauamtes vom 09.11.2022, BV Dornberg 17.11.2022)

Im Juli 2023 wurden die Inhalte der Vertragsabschlüsse zur Umsetzung der Planung (Kita, Quote geförderter Wohnungsbau, Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen, Erschließung) mit den Fachämtern und dem Investor geklärt und die Verträge vorbereitet. Die Übernahme der mit der Planung verbundenen Kosten ist üblicher Bestandteil bei investorenbezogenen Bebauungsplanverfahren. Die vertraglichen Leistungen sind den gesamten Umständen nach angemessen und stehen im sachlichen Zusammenhang mit der Erschließung. Aktuell teilte der Investor der Verwaltung kurzfristig jedoch mit, dass eine Vertragsunterzeichnung derzeit wie geplant aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich ist.

Damit liegen die erforderlichen Vertragsabschlüsse bis zum Satzungsbeschluss nicht vor, sodass die Satzungsvorlage für die Augustsitzung abgesetzt wurde. Nach Aussage des Investors sind nach derzeitigem Stand die mit der Umsetzung der Planung verbundenen Kosten so hoch, dass die Rentabilität des Projektes nicht mehr gegeben ist. Insbesondere die Erschließungskosten sind hierbei ausschlaggebend.

Laut Aussage des Amtes für Verkehr (660) sind in der mittelfristigen investiven Finanzplanung für einen Straßenausbau Hasbachtal keine Mittel im Haushalt eingestellt. Vor diesem Hintergrund wird der Satzungsbeschluss des B-Plans bis zur weiteren Klärung zurückgestellt.

-.-.-

**Zu Punkt 4.5 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2023 -
Stellungnahme der Verwaltung**

Herr John teilt mit, dass die Änderung der Hauptsatzung in einigen Stadtbezirken kontrovers diskutiert werde. Daher habe die Verwaltung eine Mitteilung als ergänzende Information zu der bereits in Dornberg beschlossenen Vorlage erarbeitet. Diese sei im System einsehbar.

Text der Mitteilung:

„Die Bezirksvertretung Heepen hat am 25.05.2023 folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen:

„Über den Ausbaustandard der Radhaupttrouten auf bezirklichen Straßen entscheidet die zuständige Bezirksvertretung. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Zuständigkeit der Bezirksvertretung hierfür gegeben ist.“

Das Rechtsamt hat hierzu die beigefügte Stellungnahme (Anlage) vorgelegt. Die Stellungnahme wird Ihnen hiermit zur Kenntnis gegeben.“

-.-.-

**Zu Punkt 4.6 Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der
Straße "An der Krebskuhle"**

Herr John verliest die Mitteilung der Verwaltung.

Text der Mitteilung:

In der Straße Krebskuhle sind die vorhandenen Beleuchtungsmasten nicht mehr standsicher. Daher sollen die Masten ersetzt und durch weitere 5 Meter hohe Masten mit LED-Leuchten ergänzt werden.

Die Kosten für die Baumaßnahme betragen ca. 10.800 € brutto.

Für diese Maßnahme werden die Straßenausbaubeiträge für die Anlieger vom Land NRW übernommen.

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Zwischennachricht der Verwaltung - Tempo 30 im Twellbachtal

Herr John teilt die Zwischennachricht der Verwaltung mit und bittet die Schriftführung der Verwaltung mitzuteilen, dass diese zeitnah die Ergebnisse der Prüfungen in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung vorstellen möge.

Text der Mitteilung:

„Eine Tempoprüfung nach der StVO erfordert zahlreiche, unterschiedliche Prüfabläufe und die Beteiligung weiterer Dienststellen.

Im Rahmen der Prüfung, ob Tempo 30 im Twellbachtal erforderlich ist,

- *wurden Lärmwertberechnungen angefordert,*
- *wurde um Stellungnahme des Umweltamtes bezüglich der Immissionen gebeten,*

- wurde eine Auswertung der Unfallzahlen der letzten drei Jahre bei der Polizei Bielefeld angefordert,
- wurde das Ordnungsamt um Geschwindigkeitsmessungen gebeten.
- Zusätzlich wurden Ortsbesichtigungen durchgeführt.

Vor dem Hintergrund der Sommerferien liegen die Ergebnisse und Stellungnahmen nur teilweise vor. Eine rechtssichere Auswertung der Ergebnisse wird jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehmen.“

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern an der Großdornberger Str. zwischen Wittlersweg und Wittebreite, sowie Kattenstert und Wittebreite Richtung Bavostr. (Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Vollmer [Einzelvertreter Die Linke])

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6167/2020-2025

Herr John verliert die Information der Verwaltung.

Herr Vollmer schlägt vor, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg sich generell mit der Ausgestaltung von Straßen in Dornberg beschäftigen mögen.

Text der Anfrage:

„Wie kann nach Ansicht der Verwaltung die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern entlang der o.g. Straßen auf den Seitenstreifen langfristig gewährleistet werden?

Mit welchen Maßnahmen können die Seitenstreifen dauerhafter befestigt und gekennzeichnet werden?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Straßen haben eine befestigte Breite von durchschnittlich Kattenstert 4,0 m, Wittebreite 4,5 m und Großdornberger Straße 4,6m. Alle Straßen sind ohne Nebenanlagen und bestehen ausschließlich aus einer mehr oder minder desolaten Asphaltfahrbahn. Das Oberflächenwasser ist frei abfließend in den Seitenstreifen und versickert dort. Es gibt keine geleitete Straßenentwässerung und auch keine Kanäle. Der Begegnungsverkehr ist möglich. Dann und insbesondere während der Erntezeit bleibt nur das Ausweichen auf die Feldflächen. Im Zuge der bisherigen Asphaltsanierungen wurden alle 3 Straßen für eine flächenhafte Deckenerneuerung vorgesehen. Eine Verbesserung für Fußgänger oder Radfahrer ist allerdings im Seitenbereich im bisherigen Bestand nicht möglich. Auch sind die Flurstücke so schmal, dass ohne Grunderwerb ein Anbau nur mit Achsverlegung möglich ist. Dazu bedarf es einer eigenständigen Planung.

Im Radverkehrskonzept ist die Wittebreite als Hauptroute Kategorie 2 eingestuft und die Errichtung einer Fahrradstraße vorgesehen. Für die Großdornberger Str. zwischen Wittlersweg und Wittebreite sowie Kattenstert

sind im Konzept keine Maßnahmen geplant, da Erreichbarkeiten über eine parallele Streckenführung über Bavostraße und Lange Lage (West-Ost) sowie Wittebreite (Nord-Süd) abgedeckt sind.“

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Tempo 30 Schloßhofstraße im Bereich Voltmannstraße und Dürerstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6211/2020-2025

Frau Schulz schildert ihr Anliegen anhand der von ihr eingereichten Unterlagen. Sie ergänzt den Antrag, dass sie zwischenzeitlich festgestellt habe, dass der Spielplatz in dem Bereich stark frequentiert würde und daher häufig Kinder die Straße queren würden.

Des Weiteren sei eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes in den Bundestag eingebracht worden, damit die Kommunen mehr Gestaltungsspielraum im Hinblick auf Tempo-30-Zonen bekämen. Sie regt zudem an, die hier beschriebene Tempo-30-Zone in eine Pilotierungsphase zu bringen.

Herr Vollmer berichtet, dass der Bundestag den Vorschlag abgelehnt habe und daher keine Reform erfolgen werde. Er regt an, dass die Verwaltung die Planungen für die Schloßhofstraße in einer der nächsten Sitzungen vorstellen solle.

Herr Graeser erinnert an die Anträge der CDU-Fraktion zu der Schloßhofstraße. Es sei der Bezirksvertretung bekannt, dass die Parksituation in dem Bereich komplex sei und dies aus seiner Sicht erst nach Abschluss der Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Stadtbahnverlängerung verbessert werden könne.

Herr Steinkühler unterstützt den Antrag und regt an, die komplette Dürerstraße mit der Schloßhofstraße bis zur Voltmannstraße mit Tempo 30 zu versehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

- 1. Die Tempo-30-Zone der Dürerstraße (von Wittebreite kommend) bis zur Schloßhofstraße und weiter bis zum Kreisverkehr Voltmannstraße zu verlängern.**
- 2. Die Vorfahrtsregelung an der Dürerstraße (von Schongauerstraße kommend) zur Schloßhofstraße zu überprüfen.**
- 3. Über den Ausbaustand nach der Fertigstellung der Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 in der nächsten Sitzung zu informieren und einen Zeitplan für die Arbeiten vorzulegen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.2 Grabeland - Reform, Ausbau und Alternativen -Verweisung aus dem Anregungs- und Beschwerdeausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6217/2020-2025

Herr John schlägt vor, zu diesem Thema einen Beschluss zu fassen.

Herr Vollmer regt an, dass es eine digitale Karte geben müsse, über die sich die Bürgerinnen und Bürger auf einfachem Wege über freie Grabelandparzellen informieren könnten. Er werde dieses im Digitalisierungsausschuss thematisieren.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Stellung und empfiehlt den weiteren Gremien wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob weitere städtische Flächen als Grabeland - insbesondere vorgehaltene Friedhoferweiterungsflächen - ausgewiesen werden können. Des Weiteren soll geprüft werden, wie die Vergabe von Grabelandparzellen vereinfacht und die vorhandenen Flächen auf einer digitalen Karte zugänglich gemacht werden können.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 Abschluss eines längerfristigen Pachtvertrages mit dem TuS Hoberge-Uerentrup e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6499/2020-2025

Herr Graeser berichtet von der Entwicklung des Platzes und dem Spender, der sich bereiterklärt habe, dass der Platz zu einem Kunstrasenplatz umgebaut werden könne.

Dies sei dem Verein auch für die Jugendarbeit sehr wichtig. Er kritisiert die geringe finanzielle Unterstützung der Verwaltung an den laufenden Unterhaltungskosten.

Darüber hinaus bringt er seine Freude zum Ausdruck, dass der Stadtbezirk Dornberg einen attraktiven Fußballplatz erhalte, der auch die Sozialarbeit unterstütze.

Herr Vollmer bedauert, dass die Verwaltung sich nicht mit der Sportpau-schale an diesem Projekt beteilige.

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung in der nächsten Sitzung um Berichterstattung zur Ausgestaltung des Vertrages und um Prüfung, ob für den Verein eine Berücksichtigung bei der Sportpauschale möglich sei.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass der TuS Hoberge-Uerentrup e.V. sowohl die Investitionskosten als auch alle Folgekosten trägt, empfiehlt die Bezirksvertretung Dornberg dem Rat der Stadt zu beschließen: Der Immobilienservicebetrieb soll einen längerfristigen Pachtvertrag mit dem Verein abschließen, damit der als Vereinsbaumaßnahme geplante Bau eines Kunstrasenplatzes auf dem Sportplatz Hoberge realisiert werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Festlegung rechtsverbindlicher Schuleinzugsbereiche für die neu zu errichtenden Grundschulen Gellershagen, Sieker und Wintersheide sowie der umliegenden Schulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6359/2020-2025

Herr John trägt vor, dass ein Teil der Grünwaldstraße zukünftig einer anderen Grundschule zugeordnet werde und nicht mehr zur Grundschule Babenhausen.

Frau Welscher hofft, dass die Veränderungen insgesamt nicht zu Lasten der geplanten Bauvorhaben an den Grundschulen führten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

1. Es werden für folgende Grundschulen durch Satzung (Anlage) rechtsverbindliche Schuleinzugsbereiche gem. § 84 Abs. 1 Schulgesetz NRW gebildet:

Grundschule Gellershagen
 Bültmannshofschule
 Eichendorffschule
 Grundschule Babenhausen
 Sudbrackschule
 Stiftsschule
 Stapenhorstschule

Grundschule Sieker
 Rußheideschule
 Fröbelschule
 Osningschule
 Stieghorstschule

Grundschule Wintersheide
 Hans-Christian-Andersen-Schule
 Astrid-Lindgren-Schule und
 Brüder-Grimm-Schule

2. Die 2. Änderung der Satzung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für ausgewählte Grundschulen der Stadt Bielefeld vom 18.07.2012 wird beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9 Haushaltsplanberatungen 2024

Zu Punkt 9.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Bezirksbudgets 2024 für den Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6467/2020-2025

Herr John fasst zusammen, dass die Haushaltsmittel insgesamt um einen Inflationsausgleich erhöht würden. Jedoch sei darauf hinzuweisen, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Bielefeld extrem verschlechtert habe, was sich in der Rede des Kämmerers nachlesen lasse.

In Dornberg seien aus seiner Sicht nur Pflichtaufgaben berücksichtigt worden und er sehe keinen Grund für eine umfangreiche Aussprache/Diskussion.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

- | | |
|----------|--|
| 11.01.72 | Stadtbezirksmanagement Dornberg
(Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, Seite 326 ff.) |
| 11.01.74 | Bezirksvertretung Dornberg
(Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, Seite 337 ff.) |
| 11.13.18 | Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg
(Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, Seite 1691 ff.) |

wird unter Berücksichtigung der Änderungen lt. der beigefügten Anlagen zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen der

- | | |
|-----------------|---|
| 2.1
Dornberg | <u>Produktgruppe 11.01.72</u> Stadtbezirksmanagement

(s. Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, S. 326 – 331)

im Jahr 2024 mit
ordentlichen Erträgen in Höhe von 940 Euro und
ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 206.430

Euro |
|-----------------|---|

wird zugestimmt.

**2.2 Produktgruppe 11.01.74 Bezirksvertretung Dornberg
(s. Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, S. 337 – 341**

im Jahr 2024 mit
ordentlichen Erträgen in Höhe von 406 Euro und
ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 7.825 Euro

wird zugestimmt.

**2.3 Produktgruppe 11.13.18 Bezirkliches Grün Stadtbe-
zirk Dornberg
1695)**

im Jahr 2024 mit
ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 Euro und
ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.196.872

Euro

wird zugestimmt.

**3. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben -
Bezirkshaushalt
(s. Haushaltsplanentwurf 2024, Band II, S. 1812 – 1819) – wird bezo-
gen auf die Beträge**

**3.1 mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
Dornberg**

- im Jahr 2024 mit
ordentlichen Erträgen in Höhe von 2.235 Euro und
ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.394.412

Euro

- im Jahr 2024 mit
investiven Einzahlungen in Höhe von 0 Euro und
investiven Auszahlungen in Höhe von 3.201.280

Euro

zugestimmt.

**3.2 mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung
Dornberg**

- im Jahr 2024 mit
ordentlichen Erträgen in Höhe von 39.938 Euro und
ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 211.999

Euro

- im Jahr 2024 mit
investiven Einzahlungen in Höhe von 0 Euro
investiven Auszahlungen in Höhe von 100.000 Euro

zugestimmt.

Die für die Schulen in 2024 eingeplanten Sondermittel können von den jeweiligen Schulen eigenverantwortlich bewirtschaftet werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.2

**Wirtschaftsplan 2024 des Umweltbetriebes
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Dornberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6290/2020-2025

Die Aussprache erfolgte unter Punkt 9.1, sodann wurde wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt die vom Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld geplanten Investitionen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2024 zu veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

**Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold
- Regionalplanentwurf 2023
Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur erneuten Auslegung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6526/2020-2025

Herr John berichtet von einem Gespräch, dass er vorab mit der Verwaltung geführt habe. In diesem habe er erneut die Meinung und Haltung der Bezirksvertretung Dornberg dargelegt.

Daraufhin fasst die Bezirksvertretung folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert die bisherigen Beschlüsse der Bezirksvertretung Dornberg zum Regionalplan weiter zu verfolgen und in der Abstimmung mit dem Regionalrat zu bekräftigen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11**Klimaanpassungskonzept Stadt Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6427/2020-2025

Herr John begrüßt Frau Möller und Frau Schmitt vom Umweltamt, sowie Herrn Kappel vom Umweltbetrieb und übergibt ihnen das Wort.

Frau Schmitt begrüßt die Anwesenden und stellt das Klimaanpassungskonzept der Stadt Bielefeld wie in der Vorlage beschrieben vor. Sie nimmt dabei auf weitere Informationen aus der bereitgestellten Präsentation Bezug. Es werde nach wissenschaftlicher Untersuchung zukünftig häufiger zu Starkregenereignissen kommen. Insbesondere auf Kirchdornberg werde sich dies durch die Topographie auswirken. Daher sei eine Stadtklimaanalyse durchgeführt worden. Darin würden verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten, die insbesondere im Bereich des Eigenschutzes lägen, vorgestellt. Es könnten Vorkehrungen in Form von Objektschutz zur Wasserabwehr getroffen werden: bspw. durch stärkere Türen, Schwellen an Grundstückseinfahrten und bepflanzten Mauerbauwerken. Des Weiteren könnten auf Flächen Sickerbereiche in unterschiedlichen Ausführungen geschaffen werden: bspw. durch angrenzende Grünflächen an Parkstreifen, die Durchlässe erhielten, damit das Wasser von der Straße dorthin ablaufen könne.

Herr John bedankt sich für die umfangreichen Informationen.

Herr Vollmer möchte wissen, ob die Verwaltung Engstellen erfasse, wo möglicherweise das Wasser nicht optimal ablaufe und wie häufig diese Bereiche gereinigt würden.

Frau Möller führt aus, dass die verrohrten Engstellen regelmäßig vom Bereich der Gewässerunterhaltung überprüft würden. Die verrohrten Stellen würden als Engstellen betrachtet und seien durch Rechen abgedeckt, damit sich Gegenstände davor und nicht in dem Rohr ansammelten. Diese Bereiche würden regelmäßig kontrolliert und freigeräumt.

Herr Graeser fordert Eigenverantwortung der Bürger und regt an, dass die Verwaltung mit den Anwohnern ins Gespräch gehe.

Herr John zeigt seine Befangenheit an und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn stellvertretenden Bezirksbürgermeister Berenbrinker.

Herr Berenbrinker möchte wissen, ob die Meinung der Verwaltung bzgl. einer möglichst verdichteten Bauweise hier in Konflikt zu dem Klimaanpassungskonzept stehe.

Frau Schmitt verweist dazu auf das eingangs genannte Gutachten, nach dem mehrgeschossige Baukörper mit umfassenden Grünflächen auszugleichen seien.

Herr Gieselmann fragt nach konkreten Umsetzungsmaßnahmen der Verwaltung.

Frau Schmitt führt aus, dass bei Neubaugebieten diese Regelungen berücksichtigt würden und insbesondere die Gebäudebegrünung fest verankert sei.

Herr John verweist auf das Projekt „Leitlinien Bauen“ im Stadtentwicklungsausschuss, wo dieses Konzept großen Einfluss fände. Nach seiner Kenntnis werde das Konzept im September in die Gremien eingebracht und die Kernelemente des Klimaanpassungskonzept ließen sich darin wiederfinden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 12

Starkregenereignis in Kirchdornberg am 06.08.2023 - Bericht der Verwaltung

Frau Möller berichtet von dem Starkregenereignis am 06.08.2023 in Dornberg und stellt die vorliegenden Informationen der Verwaltung anhand der im System eingestellten Präsentation vor. Sie nimmt dabei Bezug auf Daten von „Kachelmann-Wetter“ und topografische Karten aus dem Bereich „Katzenstraße“.

Sie stellt in diesem Zusammenhang einen Flyer der Stadt Bielefeld vor, woraus sich mögliche Schutzmöglichkeiten für die Betroffenen ergeben könnten. Allerdings müsse jeder Hauseigentümer für sich prüfen, welche Maßnahmen im konkreten Fall zur Anwendung kämen und inwieweit diese selbst getroffen werden könnten. Dazu verweist sie auf die Angebote der Stadt und auf das Angebot vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Diese seien im Internet einsehbar.

Herr Kappel stellt die geplante Maßnahme im Bereich Katzenstraße vor. Es sollten drei weitere Sinkkästen in der Katzenstraße eingebaut werden, wobei diese alleine bei einem Starkregenereignis in dem beschriebenen Umfang nicht reichen würden und die Anwohner weitere Vorkehrungen treffen sollten.

Herr Vollmer bittet die Verwaltung, den Bereich Katzenstraße und die dort vorhandene Kanalisation genauer zu prüfen. Er regt dazu in diesem Zusammenhang einen gemeinsamen Ortstermin mit der Bezirksvertretung an.

Frau Möller berichtet, dass die Verwaltung sich den Kanal angeschaut habe und dieser nicht verstopft gewesen sei.

Herr Berenbrinker bedankt sich bei der Verwaltung und übergibt die Sitzungsleitung zurück an Herrn Bezirksbürgermeister John.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 Weiteres Vorgehen zu Zug- und OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6420/2020-2025

Die Bezirksvertretung nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14 Baustellensicherung und Beschilderung für Menschen mit Behinderungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6413/2020-2025

Die Bezirksvertretung nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Lebenslagenbericht 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5866/2020-2025

Herr Berenbrinker bringt seine Verwunderung über die aus seiner Sicht nicht vorhandene abgestimmte Verwaltungsmeinung zum Ausdruck. Dies mache er daran fest, dass einerseits Sportstätten geschlossen würden und gleichzeitig bemängelt werde, dass die Jugendlichen zu wenig Sport treiben würden. Aus seiner Sicht sollten gut erreichbare Sportstätten vorgehalten werden.

Herr Vollmer lobt die hohe Qualität des Berichtes und unterstützt die Meinung von Herrn Berenbrinker. Er regt an, dass die Bezirksvertretung sich mit der Essenz des Berichtes beschäftigen möge.

Herr John greift diesen Vorschlag auf und schlägt dazu einen fraktionsübergreifenden Austausch vor.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16 Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld - Hinweise der Bezirksvertretungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5827/2020-2025

Herr John ergänzt zu der Vorlage, dass er mit dem Verkehrsdezernenten Herrn Beigeordneten Adamski vereinbart habe, dass die Buslinien, die nach Dornberg führen, in Zukunft entlang des Campus Universität geführt würden. Dies sei in dieser Vorlage nicht enthalten, werde allerdings dennoch umgesetzt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17 Bericht des Bezirksbürgermeisters

Zu Punkt 17.1 Außengelände an der KiTa Schröttinghausen

Herr John verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Herr Vollmer regt an, die Verwaltung um kurzfristige Erläuterung zum Ausbau des Grundschulstandortes in Schröttinghausen zu bitten.

Herr Steinkühler schlägt vor, die Petition der Eltern zu unterstützen und parallel erneut die Räume der Kirche bei der Verwaltung ins Gespräch zu bringen.

Herr Paus bringt seine Verwunderung über die Planungsdauer der Verwaltung zum Ausdruck. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung schneller feststellen können, was auf dem bestehenden und dem alten Grundstück der KiTa möglich sei (Neubau oder Erweiterung).

Herr John fasst die Diskussion zusammen und die Bezirksvertretung fasst sodann folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg unterstützt die Petition der Eltern der KiTa Schröttinghausen nachdrücklich.

Die Verwaltung wird aufgefordert mit den beteiligten Fachämtern zu der Gemengelage KiTa, Schule, OGS und Kirche in der nächsten Sitzung zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17.2 Anfrage der Verwaltung zum Rückbau eines Abfallbehälters im Bereich Wertherstraße gegenüber der Straße Obernfeld

Herr John berichtet von einer Anfrage der Verwaltung, die er per E-Mail erhalten habe. Der Abfallbehälter würde auf privatem Grund stehen und könne daher nicht geleert werden, daher müsse dieser abgebaut werden. Er habe dazu mit den Eigentümern gesprochen, die dem nicht zustimmen,

da dort regelmäßig Wanderer und Radfahrer entlangkämen und diesen nutzen würden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen dem Begehren der Verwaltung nicht zu. Sie bringen zum Ausdruck, dass der Abfallbehälter dort stark frequentiert werde. Es bestünde die Sorge, dass ohne Behälter der Müll in der Landschaft entsorgt werde.

-.-.-

Zu Punkt 17.3 Bericht aus dem Bezirksmanagement

Herr Kokemor berichtet, dass ein „Zeichen- und Druckkurs“ der Musik- und Kunstschule im Bürgerzentrum ausgeschrieben sei, der von Oktober bis Dezember dort stattfände. Es sollten weitere Angebote von dort im Bürgerzentrum organisiert werden, dies gelte auch für das Kursangebot der VHS. Die Raumvergabe im Bürgerzentrum erfolge voraussichtlich ab September durch das Bezirksmanagement und das Büro des Bezirksbürgermeisters erhalte in den nächsten Wochen neues Mobiliar. Es sollten noch weitere Anschaffungen für das Bürgerzentrum getätigt werden, wozu er um finanzielle Unterstützung bitte.

Beschluss:

Dem Bezirksmanager werden 500,00 EUR aus den bezirklichen Sondermitteln zur Unterhaltung und Ausstattung des Bürgerzentrums „Amt Dornberg“ zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 18.1 Sitzung vom 20.04.2023 - Verkehrssicherungspflicht Dürerstraße zwischen Schlosshofstraße und Wittebreite

Herr Kokemor verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 18.2 Sitzung vom 25.05.2023 - Situation an der Kreuzung Werther Str. / Großdornberger Str.

Herr Kokemor verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 18.3 Sitzung vom 25.08.2022 - Errichtung von Fahrradabstellflächen mit Bügeln an Bushaltestellen in Dornberg sowie vor dem Bürgerzentrum "Amt Dornberg"

Herr Kokemor verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 18.4 Sitzung vom 25.05.2023 - Sachstandsbericht zur Instandsetzung des Sportplatzes am Grundschulstandort Hoberger Uerentrup „Hoberger Feld“

Herr Kokemor verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 18.5 Sitzung vom 25.05.2023 - Bericht zur Beratung der Unfallkommission UK 2023-I

Herr Kokemor verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Herr John stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.